

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 5. Oktober 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 30 Mh. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 116

Wahnwort in letzter Stunde

Nach wochenlangem Warten inmitten katastrophal wachsender Leuerung endlich Tarifausschubung. (Frage drängt sich auf: Warum gingen unsere Vertreter nicht den geraden formalen Weg der Forderung auf Einberufung zu einem früheren Termin?) Drei lange Tage des Verhandels — das Resultat: in der Spitze für zwei Wochen je 800 M., in der dritten Woche 400 M. dazu (nicht 1200 M., wie mancher durch die irreführende Notiz in den Tageszeitungen zunächst dachte). Wenn entrangt sich ob dieses Resultats nicht ein qualvolles Lachen? Soll das Einberufen unsres Glends sein? Angehts der wahnwitzigen Leuerung ein Tropfen auf den heißen Stein — mehr nicht!

Sa, aber! Die Notlage des Gewerbes, die hohen Papierpreise. — Zum Teufel! Sollen die Unternehmer sich für den Papierwucher an niedrigen Löhnen schadlos halten? Das Gespenst der wachsenden Arbeitslosigkeit wird allert. Dabel ist der Lohnanteil am Produkt in den meisten Fällen äußerst geringer. Nur der Papierwucher schafft die Arbeitslosigkeit; anständige Löhne würden sie nicht wesentlich erhöhen.

Arbeitslosigkeit und niedriger Lohn führt zur Massenflucht aus dem Gewerbe. Aber 20 Jahre im Berufe lebende Kollegen suchen sich lobnendere Beschäftigung. Wir müssen die Abwanderung mit allen Kräften unterkücken. Auch dafür sorgen, daß zu Ostern der Nachwuchs ausbleibt. Das fordert unser Selbsterhaltungstrieb.

Soll ich Ziffern bringen? Höchster Buchdruckerlohn in der zweiten Septemberhälfte hier in Hamburg 3153 M. Zur selben Zeit Durchschnittslohn aller andern Gewerbe hier 4000—5000 M. und nicht. Kuttcher unter 18 Jahren 4540 M. Stundenlohn im Bauergewerbe und zum Teil in der Metallindustrie 110 M. Genügs? „Hungerleider“, ruft man uns Buchdruckern zu. Wir müssen behäut den Kopf senken und es einstecken. Weils himmt!

Soll's weiter geben auf dieser Bahn? Der Winter fehlt vor der Tür. Warme Kleidung und Feuerung fehlen (Zentner Kohlen über 500 M., Brikketts über 300 M., ab 1. Oktober folgt gewaltige Erhöhung). Frauen brechen zusammen unter der Sorgenlast. Immer mehr schwindet die Lust zum Leben und am Schaffen. So sieht's bei den deutschen Buchdruckern aus!

Kollegen, die ihr die Verhandlungen für uns führt: eure Verantwortung wächst ins Riesengroße! Einmal gelang noch die Belastungsprobe auf Vertragstreue und Disziplin. Ob's ein zweites Mal gelingen wird? Eine bange Frage. Ein ständiges wöchentliches Manko von 1500 bis 2000 M. ist unerträglich. Darum: weicht diesmal nicht zurück von eurer Forderung; bleibt hart bis zum äußersten!

Hamburg-Altona. Wilhelm Martens.

Die „hohen“ Buchdruckerlöhne!

Als der Tarifausschub am 17. September seine Arbeit beendet hatte, berichtete ein großer Teil unrer Tagespresse infolge einer Meldung des Wolff-Bureaus über die neuen Buchdruckerlöhne. Es war dort zu lesen, daß die Lohnerbhöhungen in der ersten und zweiten Woche je 800 M., in der dritten Woche gar 1200 M. betragen. Unter den Nichteingeweihten konnte dadurch leicht der Eindruck erweckt werden, daß die Buchdruckerlöhne nun eine gewaltige Höhe erreicht hätten. Aber wie ist es denn in Wirklichkeit? Wir Buchdrucker kamen mit diesen neuen Zulagen längst nicht an die Stundenlöhne heran, wie sie zum Teil ungerne Arbeiter bereits vier Wochen vor dem Inkrafttreten unrer Zulagen verdienten, von gelehrten Arbeitern, Handwerkern usw. ganz zu schweigen. Bei uns verdiente ein Buchdrucker in Klasse C bei 15 Proz. Lokalzulag und einschließlich „Leistungszulage“ bis zum 16. September 43,20 M., während die Bauhandwerker 70—74 M., Bauarbeiter 69 M. Stundenlohn hatten; in der Zementbranche sowie in den übrigen Industrien am Orte wurden dergleichen gleichhohe Löhne gezahlt. Selt sind wir Buchdrucker nun auf 59 M. Stundenlohn gestiegen; der Stundenlohn der Bauhandwerker beträgt bereits 85 M. und darüber. Sogar die früher schlechtbezahlten Eisenbahnarbeiter sind uns durch das unentwegte Vorgehen ihrer Epigonenorganisationen zum Teil in der Lohnhöhe voraus, abgesehen von

den Frauen- und Kinderzulagen. Der Zeitpunkt liegt nicht mehr fern, wo wir Buchdrucker die am niedrigsten bezahlte Berufsgruppe sind. Darf es dahin kommen? Ich sage nein!

Wenn man nun auch die Zulage für die ersten beiden Wochen (bei uns 740 M.) mitgedrungen als annehmbar betrachtete wollte, so ist die angebotene „Lohnaufbesserung“ der dritten Woche (hierorts 370 M.) für die Wirklichkeitsbedürfnisse einer Buchdruckerfamilie gleich Null. Durch die am 1. Oktober in Kraft tretende Erhöhung der Invaliditätsversicherungsbeiträge (in der höchsten Stufe von 12 auf 52 M. wöchentlich) entsteht eine Mehrausgabe für uns von 20 M. in der Woche. Die reichsgelehrte beschlossene Heraushebung des Grundlohns von 120 auf 500 M. bedingt selbstverständlich eine wesentliche Erhöhung der Krankenkassenbeiträge. Hierorts werden z. B. 7 Proz. des Grundlohns als Beiträge erhoben, das ergibt ausfallt bisher 33,60 M. zukünftig 140 M. pro Woche und das bedeutet hier eine Steigerung um 106,40 M. Die Erhöhung des Verbandsbeitrags auf 65 M. (dazu als Gau- und Bezirksbeitrag 7 M. = 72 M., bisher 29,60 M.) erfordert eine Mehrausgabe von 42,40 M. wöchentlich und dann die zehnprozentige Lohnsteuer von 370 M. = 37 M., also eine gesamte Mehrausgabe von 205,80 M., so daß der Familie von dieser „Zulage“ ganze 164,20 M. zugute kommen können. Daß alle diese Neubelastungen bevorzanden, dürfte unsern Wohlwollenden doch sicherlich bekannt gewesen sein, und in Hinsicht hierauf hätte ein besseres Resultat für uns herauspringen müssen. Mit dem ewigen Gejammer, daß unser Gewerbe keine weitere Belastung vertragen kann, ist unsern bedrängten Familien wenig geholfen. Nur der andere Seite kann man beobachten, wie viele Provinzialnospitale Anschaffungen über Anschaffungen machen und ihr Vermögen in Wertes setzen. Einen Vergleich mit den dauernd steigenden Lebensmittelpreisen hält diese letzte „Lohnerbhöhung“ sicherlich nicht aus, darum müssen wir von unsern Vertretern verlangen, daß bei den kommenden Verhandlungen die Buchdruckerlöhne denen der andern Berufsgruppen näher gebracht werden.

Bad Sarzburg. O. L.

So war es nicht gemeint!

Die Zwangswirtschaft frug den kleinen Zeitungen eine erhöhte Bedeutung ein. Die vielen Bekanntmachungen veranlassen zum dauernden Bezuge der Amtsblätter, und war der redaktionelle Teil gestillt, geschickt und weniger schuderhaft geführt, wurde auch dieser gern gelesen. Die Auflagen erhöhten sich ganz bedeutend. Manchem Blatt und Blättlein, das mit dem Schicksale kämpfte, wurde noch einmal frischer Salk in die Adern getrieben. Die Heilmittelblätter, im Schwarzwalde denselben Sums in die Breite treibend wie in Ostpreußen — nur daß die Namen der Verstorbenen anders klangen — konnten vor dem Krieg auf eine Vergangenheit zurückblicken, der sie einlgermaßen gewachsen waren, für die Zukunft aber hätten sie durch Ausgestaltung rüsten müssen.

Die Entwicklung der Geschäfte, der Menschen und der politischen Parteien führte die Ausbreitung der großen Tageszeitungen auf dem Lande. Der Durchschnittslebenswoner, der mit Behörden und an die Scholle gebundenen Körperchaften nicht viel zu schaffen hatte, gewöhnte sich an die umfangreiche Tageszeitung einer der nächstgelegenen Großstädte, die aber mit dem Verschwinden der Männer nach Kriegsausbruch bald an Verbreitung einbüßte. Bei den Bemühungen, in der Provinz auf ihre ehemalige Verbreitungsdichte wieder zuzukommen, sah sie bedeutenden Schwierigkeiten gegenüber. Bezahlt das Volk schon das niedrige Bezugsgeid für das Lokalblatt nicht gern, dann erst recht nicht den höheren Betrag, den eine große Tageszeitung fordert. Da erkand ein Helfer in der Not: die Papierverfeuerung. Die großen Zeitungen erhöhten den Zeilenpreis beträchtlich, während die mit Inferaten weniger Bedachten — darunter auch die Arbeiterpresse — die Mehrkosten auf den Verkaufspreis schlugen mußten und damit wurde das wesentliche Hemmnis trotz unterschiedlicher Leistung (Umfang, Berichterstattung, Beilagen, Mitarbeiter usw.) bis auf einen kleinen Rest beseitigt. Die Papierpreisverböhungen kamen also den starken kapitalistischen Inferatenblättern zugute. Darum jedesmal der zahme und lahme Einspruch, der den Eindruck von Theaterdonner machte.

Infolge des verhältnismäßig geringen Preisunterschiedes verzichtete wer es irgend konnte auf das kleine „Selmatblatt“, das sich gern auf die Tribüne der hohen Politik stellte und damit in teilweise recht unerschämter und geschmackloser Weise seine Abonnenten verlor. Hätte man sich in den kleinen Redaktionen tatsächlich um heimatische Angelegenheiten gekümmert, und wäre man ein ernsthafter Berater der Einwohnerschaft gewesen, dann konnten viele Leser erhalten bleiben. Die Lokalblätter sind nicht nur vom Buchdrucker erwünscht, sondern können auch vom Parteimann als brüliches Anzeigenblatt anerkannt werden, die eine Wandlung zur Gemeinbarkeit durchmachen, wenn republikanische Behörden ihren Einfluß zu rechter Zeit und mit Geschick geltung verschaffen. „Selmatblätter“, die ihre Aufgabe veranlassen, gruben sich selbst das Grab.

Durch die wohlgefällige Duldung der kapitalkräftigen Presse aufgemuntert und frech geworden, hollen die Papiergewaltigen zum großen Schlag aus.

Selt schrien dieselben auf, die jeden Tag die Zwangswirtschaft und Höchstpreiswirtschaft verdammt: „So war es nicht gemeint!“ Sie, die nur darauf warteten, bis das Papier der zusammenbrechenden Konkurrenz für ihre Zwecke frei wurde, sie können es heute nicht bezahlen.

Sorächte sich die Duldung der privaten Zwangswirtschaft: die Papierkontingentierung. Was dem Stahlruß recht, ist dem Papierruß billig. Was im Handdelssteile gefördert wurde, erschien jetzt als schwarzes Gespenst im Kontor.

Das Nachsehen haben viele große und kleine Existenzen. Die Wohlten suchen als Gemeindepfleger über als „Ingenieur“ in Glasfabriken, Eisengießereien und Maschinenfabriken unterzukommen, wo sie besser bezahlt werden und bis zur nächsten Wirtschaftskrise ihr Brot verdienen. Der übrigbleibende Teil wartet notleidend auf Besezung, bildet sich in Fachabteilungen und durch Literatur weiter aus, und bemüht sich, die in höchstzulässiger Zahl eingestellten Lehrlinge in unre erhabene Kunst einzuführen. Sollen wir bedauert oder geobachtet werden? Selt können wir es noch nicht wissen; erst wenn sie vom Rathaus kommen, sind die Menschen schauer — wie immer.

Verschiedene Fragen steilen auf. Hat das Volk wirklich eine billige große Tageszeitung? Am Papierpreise gemessen: ganz gewiß. Weil Industrie und Handel, überhaupt jeder Interent, der auch nur einen alten Kleiderschrank oder ein gebrauchtes Fahrrad verkaufen will, die Werbefkosten auf die Ware schlägt, geben wir täglich und stündlich das Geschenk des Zeitungsverlegers durch das Umlageverfahren des Handels — und nicht zuletzt in gekürztem Arbeitslohn in allen Erwerbszweigen — wieder zurück. Das teure Papierholz der Länder ist dann auch bezahlt.

Nach der Droffselung so vieler Druckstätten und mit der Einschränkung des Papierverbrauchs verringert sich naturgemäß der Umsatz im Inlande. Was dann, wenn die ausländischen Papierfabriken wieder arbeiten und die deutschen Lieferanten nicht als Schmutzhonkurrenten in aller Welt auftreten können? Wenn sich der deutsche Arbeiter seine goldwerten Leistungen in gleichen Werten bezahlen läßt? (Wir hollen doch noch?) Wobin liefert der Papiermacher dann die Ergozugnisse seiner so bedeutend vergrößerten Produktionsstätten? An das übriggebliebene Dugend, oder will er dann neue Abnehmer lancieren, subventionieren oder finanzieren, indem er Zeitschriften und Zeitungen gründet, ähnlich dem früheren Vorsehen der Brauereien, die an jeder Straßenecke ein Gasthaus einrichteten und so dem „freien, unabhängigen Volkswirtschaft“ eine Basis und dem deutschen Bierkumpel eine zahlreiche Vermehrung und Festigung (bis zur Vollzeitsunde) gewährten? Herrliche Perspektiven! Wir graut davor. Es ist nur schade, daß bis dahin noch viele gute Unternehmungen des deutschen Schrifttums, die aus eignen Einkünften sich erhalten sollen, zugrunde gehen werden.

Das stöhlige Papiergehopsialistikentum, das sich durchaus nicht aus unpersonlichen, vertretbaren Aktionären, sondern aus gutbekannten, greifbaren Fabrikbesitzern mit Aktienmehrheiten aufammenlegt, denkt nicht weit über den heutigen Tag hinaus. Man braucht nicht in jedem Kapitalgewaltigen ein Organisationsgenie zu vermuten. Ihre Unfähigkeit, das Wirtschaftsleben dauernd selbständig zu meikern, werden sie bald erkennen. Die Großen und Kleinen in Privatkontor oder Redaktionsstube spüren es jetzt schon im Stallschub und überall. Was der Arbeiterchaft des Druckgewerbes blüht, davon soll nichts gesagt werden, weil sie es schon weiß. P. N.

Der gegenwärtige Stand der Technik im Buchdruckgewerbe

(Fortsetzung aus Nr. 105.)

III.

Nun hat uns die neuzeitliche Technik in Verbindung mit dem Offsetdruck mit neuen Übertragungsverfahren erwidert, von denen ich zuerst das Manuoverfahren erwähnen möchte. Der Manuoverdruck (Erfinder F. Wilmann in Zwidau) ist ein photographisches Verfahren zur Herstellung von Negativen, und zwar wird das Negativ hergestellt, indem man eine Glasplatte mit einer lichtempfindlichen Schicht auf den zu übertragenden Druck oder die Zeichnung legt, wodurch ohne Benutzung der photographischen Kamera die Belichtung erfolgt. Von dem Negativ werden dann Kopien für Hoch-, Tief- und Flachdruck hergestellt, der Druck erfolgt meist im Offsetverfahren. Zur Wiedergabe im Manuoverfahren eignen sich besonders feine fremdsprachliche, mathematische, Notizen- oder sonstige wissenschaftliche Werke mit kostspieligem und kompliziertem Satz, die originalgetreu wiedergegeben werden. Der Neutafel solcher Werke wird dadurch erspart, was nicht ohne Wirkung auf die Arbeitsleistung der Handwerker und Schriftsetzer bleiben dürfte. Man muß aber feststellen, wie schon vorher beim Offsetdruck gesehen, daß die dem Buchdruck eigene Schärfe des Druckes auch hier nicht erreicht wird.

Ein weiteres neues Übertragungsverfahren ist der Offsetdruck (Erfinder Oscar Brandt in Leipzig), das nach dem gleichen Prinzip arbeitet wie das Manuoverfahren, sich jedoch zur Belichtung der photographischen Kamera bedient. Auf diese Weise besteht die Möglichkeit, das Format, also die Größe und das Schriftbild, zu vergrößern oder zu verkleinern; das letztere dürfte bei den heutigen Papierpreisen von einigem Vorteile sein. In der gleichen Richtung bewegt sich auch das sogenannte Selbstplanverfahren, das von der Firma Brodhagens in Leipzig angewandt wird.

Von einem neuen Übertragungsverfahren für den Offsetdruck ist seit kurzer Zeit die Rede, das mit dem bisherigen umfänglichsten und zeitraulichsten Verfahren der Übertragung auf Zink durch Umbruch auf den Stein auszuräumen will. An Stelle des unzuverlässigen Umbruchs auf Zink und des schwerfälligen Steines tritt bei dem neuen Verfahren das Zelloid. Das Zelloid des Verfahrens besteht darin, daß mit Glycerin bedruckte transparente Zelloidfolien, auch solche mit Stichzeichnungen und Autotypen, zu Druckformen zusammengestellt werden, deren Übertragung dann photomechanisch auf Zink erfolgt. Dieser Gedanke ist nicht neu; einzelne Verfahren, die dieses Problem lösen wollten, sind in den Anfängen stecken geblieben, da es nicht gelang, Halbleiter einwandfrei zu kopieren. Die Frage soll von dem neuen Verfahren mit Zelloid gelöst werden sein, und sowohl Autotypen wie Gravüren sollen einwandfrei auf die Druckplatte gebracht werden. Die Zelloidfolien haben noch den Vorteil, daß sie nach Gebrauch abgewaschen und wieder verwendet werden können.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhange noch eine Maschine, die sich auch des Prinzips des Offsetdrucks bedient: die Heureka-Glaskopiermaschine, die bestimmt ist für solche Zellungsdruckereien, wo wegen der kleinen Auflage eine Stereotypie nicht lohnt. Diese Maschine hat einen sogenannten Abnahmeständer, der das Schriftbild von der Druckform abnimmt, auf den mit Gummi überzogenen Übertragungszylinder abgibt, von dem das Schriftbild auf das Papier übergeht; also das beim Offset angewandte Verfahren, und dabei ist meiner Erinnerung nach die Heureka schon beinahe zwei Jahrzehnte in den Buchdruckereien eingeführt.

Seit längerer Zeit sind Versuche einer Maschinenfabrik im Gange, unter Verwendung von Stereotypplatten das zeitraubende und kostspielige Umbruchsverfahren für den Offsetdruck auszuschalten. Sollen diese Versuche zu einem brauchbaren Resultat führen, so wird die Stellungnahme der Buchdrucker zu der Frage der Bedeutung der Offsetmaschinen eine Änderung erfahren.

Einige Worte wären noch dem Tiefdruck zu widmen, einem Druckverfahren, das uns heute die schönsten Reproduktionen liefert. Dieses Druckverfahren, das auf der „Bugra“ so großes Aufsehen erregte, dürfte bekannt sein. Gewisse Unternehmerrisse begründeten das Tiefdruckverfahren als ein Mittel, die Lobnansprüche guter Illustrationsdrucker herabzudrücken zu können, und als eine Stütze auf dem Wege zur Unabhängigkeit vom gelehrten Buchdrucker. In der Tat wurden ja auch an den ersten Tiefdruckmaschinen Kaufleute, Buchbinder u. dgl. angezogen, und erst durch Einkreiten des Verbandsvorstandes gelang es, diesem Zustand ein Ende zu bereiten und die Anwerbung von gelehrten Buchdruckern durchzuführen. Als jedoch die Tiefdruckgesellschaft sich direkt an die Kunden der Buchdrucker wandte und sich selbst zur Herstellung von Druckflächen aller Art empfahl, verschmüßte das Buchdruckerunternehmen, ihr Interesse an dem neuen Verfahren erlosch, und darauf ist es wohl zurückzuführen, daß das Tiefdruckverfahren nicht die Ausdehnung erfahren hat, wie man anfangs erwartete. Immerhin ist man heute von dem einfarbigen Tiefdruck zum Mehrfarbentiefdruck übergegangen, und die erzielten Resultate sind recht annehmbar.

Einen bösen Konkurrenten hat der Tiefdruck durch den Offsetdruck erhalten; aber in den Fachkreisen bestehen doch noch Meinungsverschiedenheiten darüber, wem die Zukunft gehören wird: dem Offset oder dem Tiefdruck. Zur Zeit hat der Offsetdruck unzweifelhaft den Vorsprung. Doch dieser Vorsprung soll vom Tiefdruck jetzt eingeholt werden durch ein neues Verfahren.

Bekanntlich werden beim Tiefdruck grobe Kupferzylinder verwendet, die in einem nicht gerade einfachen Verfahren photomechanisch präpariert werden. Die Abnung

erfolgt in der Weise, daß die im fertigen Blide schwarzen Stellen verliert sind, so daß von der Auftragwalze viel schwarze Farbe eindringt, während die hellen Stellen erhalten sind und dann dadurch weiß erscheinen, daß das Rakel die Farbe abstreift. Bei dem neuen Verfahren wird an Stelle des Kupfers das Zelloid verwendet, ein dünnes, durchsichtiges Material. Die Zelloidplatten werden photomechanisch präpariert und erst von der einen Seite durch einen Tiefdrucktrichter von der Vorderseite und dann durch eine Diaphragma des photographischen Bildes von der Rückseite durch das Zelloid belichtet. Durch dieses Verfahren soll auch der bisher nicht lösbare gleichzeitige Schön- und Widerdruck ermöglicht werden. Die Versuche mit dem neuen Zelloidverfahren sollen sehr gute Ergebnisse gezeigt haben. Man spart dabei das teure Kupfer, und vor allem ist das Verfahren einfacher und auch zeitlich kürzer durch den Wegfall des langwierigen Trocknens des Pigmentdrucks, das beim Tiefdruck bisher erforderlich war. Die Zeit wird ja lehren, ob es dem Tiefdruck gelingen wird, dem Offsetdruck mit Erfolg zu begegnen. Ohne die üblichen Übertragungen bei Erfindungen geht es bei der Empfehlung des Zelloid-Tiefdruckverfahrens allerdings auch nicht ab. So heißt es in einer Beschreibung des Verfahrens: „Weiterhin soll es nach Mitteilung des Erfinders möglich sein, Seher und Stereotypie dadurch entbehrlich zu machen, daß der Satz mittels einer hierfür besonders konstruierten Schreibmaschine auf ein dem Verfahren angepasstes Material geschrieben wird, so daß die Setzungen schneller und billiger hergestellt werden können.“ Ganz abgesehen davon, daß dieser Versuche in Amerika während der Kriegszeit gemacht und als erfolglos bestellend gelehrt wurden, sollte man mit solcher „Reklame“ der deutschen Buchdruckerei nicht mehr kommen dürfen.

IV.

Eine hohe Stufe der technischen Vervollkommenung haben die Tiegeldruckpressen erreicht, die unter den verschiedensten Namen in den Buchdruckereien im Betriebe sind. Sie ist die Halbdruckmaschine, die Herstellung von Farbendruck ist Spezialgebiet der Tiegelpressen geworden. Doch nicht nur zum Druck allein werden die heutigen Tiegeldruckpressen verwendet, u. a. auch zur Herstellung von Fallschneidern, die gleichseitig geprägt, gestanzt, gerollt und gedruckt werden. Täglich meißelt die Fachpresse von Verbesserungen der Tiegeldruckpressen, deren letzte Modelle wir auf der Ausstellung im Buchgewerbehaus jetzt in Augenschein nehmen können. Erwähnt sei hier noch die Tiegeldruckpresse mit Selbstanleger und eine sogenannte Tiegeldruckschneidpresse, die eine Druckleistung von 2000 Stück verspricht.

Die folgenden Preise für Druckmaschinen haben die Technik zur Schaffung von Apparaten veranlaßt, die die kaufmännischen Geschäfte in die Lage versetzen, einen Teil ihrer Druckarbeiten selbst herzustellen. Waren es zuerst nur Nachdruckmaschinen; die diesem Zweck dienlich gemacht wurden, so traten später Schreibmaschinen an ihre Stelle. Die Einteilung dieser Schreibmaschinen in die Klassen entspricht der Einteilung der Schreibmaschinen und die Maschinen waren mit der Selbstherstellung beschickigt; ein Farblich wurde über die Form gelegt und durch Überwalzen der Form der Abzug hergestellt. Unter den Namen „Gebro“, „Millotop“, „Glas-Roller“, „Gometer-Multigraph“ fanden diese immer mehr verbesserten Druckapparate Eingang in die Kontorräume, und es ist bereits die Tatsache zu verzeichnen, daß an einzelnen dieser Apparate gelehrte Buchdrucker beschickigt werden. Sowie steht jedenfalls fest, daß durch diese Druckapparate dem Buchdruckgewerbe eine nicht unerhebliche Menge alltäglicher Druckarbeiten für die kaufmännischen Firmen entzogen worden ist und noch weiter entführt wird.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Breslau. Nach Eröffnung eines verstorbenen Mitgliedes wurden in der Mitgliederversammlung am 18. September fünf Kollegen dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen. Da aus Anlaß der Gauvorsteherkonferenz unter Gehilfenvertreter Fiedler noch nicht anwesend war, gab unter Vorsitzender Sporn das Resultat der Tarifauschussverhandlungen bekannt, woran sich eine ausgiebige Debatte schloß. Wenn auch leider die Zulagen wieder in unzulänglicher Höhe und vor allem reichlich spät gewährt worden sind, so wurde doch der kürzere Abschluß als erfreulich bezeichnet, während andererseits die abermalige Zahlung in zwei Raten verwirft wurde. Als besonderen Wunsch der Versammlung soll dem Gehilfenvertreter unterbreitet werden, dafür einzutreten, daß ähnlich wie bei den Steindruckern, der Apparat des Tarifauschusses verkleinert wird. Hierauf hielt Kollege Sporn einen äußerst feindseligen Vortrag über die allgemeine Lage und die Lage in unterm Gewerbe, in dem er die immer weiter um sich greifende Verelendung nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des weltaus größten Teiles des deutschen Volkes darlegte und nicht geringe Schuld der nicht energisch zureichenden Regierung und den niedrigen Strafen der Wuchergerichte beimah. Die Lage in unterm Gewerbe schilderte Redner gerade in Schellen als eine trostlose. Während in allen andern Teilen Deutschlands wenigstens den Sommer hindurch Sachschonung herrschte, war und ist in Schellen Arbeitslosigkeit und Hungerdurst geradezu katastrophal. Von den so viel besprochenen Notstandsarbeiten ist hier nichts zu hören. Daß der Vortragende im Sinne der Versammlung gesprochen, bewies der ihm zufließende Beifall. Um der Not der Invaliden zu steuern, beschloß die Versammlung, einen

Antrag auf eine Extraverpflichtung an sämtliche Invaliden Schellens an den Gauvorstand zu richten. Der vom Gauvorstand beantragte Erhöhung des Gaubetrags wurde ausgemittelt. Ein Gehalt um Erhöhung des freier freien Betrags und der Werkkosten soll den zuständigen Instanzen unterbreitet werden. Dem Kollegen Hohl Kroll überbrachte der Vorsitzende zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum die Glückwünsche der Kollegenchaft. Das Dringestück an Durchreisende wurde auf 50 M. erhöht. Das „lokale Empfinden“ unserer Prinzipale kam wieder einmal recht schön zum Ausdruck, indem der hiesige Prinzipalverein den vom Vorstande nachgesuchten Vorkurs an die Kollegen zur Eindeckung mit Kartoffeln ablehnte.

Cheumnitz. Die Chemnitzer Kollegenchaft nahm am 18. September in einer fast vollständig beschickten außerordentlichen Versammlung Stellung zum neuen Lohnabkommen. Das Ergebnis wurde als vollständig unbefriedigend bezeichnet. Mit Recht wurde darauf verwiesen, daß wir mit diesem Abkommen noch nicht einmal den Lohn erreichen, den andre Arbeiterkategorien schon mehrere Wochen lang bezogen haben und die ab Mitte September schon wieder bedeutend höhere Abmachungen gefällig haben. Die für Papier und sonstige Materialien geforderten Preise werden ohne viel Aufhebens bezahlt, die Löhne aber werden derart niedrig gehalten, daß ein menschlichwürdiger Daßeln nicht zu denken ist. Die Forderung der Gehilfen beweist auch die in letzter Zeit ständig zunehmende Abwanderung vom Gewerbe gerade der schickigsten Gehilfen. Schach gekehrt wurde das gegenseitige Ausspielen der Prinzipale und Vorkämpfer der Organisation bei irgendwelchen Wünschen einzelner Gehilfen oder Personale. Nach erregter Aussprache lebte die Versammlung das Lohnabkommen ab und beschloß, ein Urabstimmung über Eintritt in den örtlichen Streik vorzunehmen. Letztere erbrachte nicht ganz die erforderliche Dreiviertelmehrheit.

Frankfurt a. M. (Schriftsetzer.) Die Versammlung am 21. September erbrachte zunächst das Mandat einer ungenügenden Mitarbeiterin. Nachdem wurde der Bericht von der Tarifauschuss- und Tarifausstellung vom 18. September entgegengenommen. Es fand eine längere Debatte darüber statt, und allgemein wurde das Entgegenkommen der Arbeitgeber als zu gering bezeichnet gegenüber der stetig wachsenden Teuerung. Auch über den Bericht von der Vorläuferkonferenz fand eine eingehende Aussprache statt. Zur Frage des Industriererbandes soll in einer demnächstigen Versammlung Stellung genommen werden.

Hamburg-Milona. (Außerordentliche Generalversammlung am 22. September.) Der hiesige Gau der Versammlung ließ schon auf die „freudige“ Stimmung der Kollegen über das letzte Lohnabkommen schließen. Und so war es auch. Nach dem kurzen Berichte des Kollegen Runkler über den Verlauf der Verhandlungen lebte das Gehilfen- und die Redner brachen ihre Unterstützung über das viel zu niedrige Ergebnis aus. „Wird bei nächster Tage im Gewerbe angee nicht an, daß die Gehilfen dem langsame Hungerlohn ausgeliefert würden. Die folgende Arbeitslosigkeit sei nur eine Folge des ungeheuren Papier- und Materialanwuchers. Eine anständige Entlohnung würde sie nicht wesentlich vergrößern. Ungleich dieser jämmerlichen Verhältnisse müßte eine Massenflucht aus dem Gewerbe einleiten. Angenommen wurde ein Antrag, durch die Presse die Eltern über die schreckliche Lage der Buchdrucker aufzuklären, damit der Nachwuchs ferngehalten werde. Die zentrale Lohnregulierung binde uns die Hände. Erzwungen wurde das Gedanke, unsre Vertreter zu den nächsten Verhandlungen mit gebundenem Mandat zu entsenden. Stimuliert wurde u. a. auch, daß der Verbandsvorstand keinen formellen Antrag auf frühere Einberufung des Tarifauschusses gestellt habe. Dazu habe doch jede Partei das Recht, Eingeweihten wurde auch auf die Zustimmung unserer Vertreter zur 60prozentigen Druckpreiserhöhung, die amge baut sei auf den Lohn ab 1. Oktober, die aber sofort in Kraft trete. Von Vorstandseite wurde noch mitgeteilt, daß die Hamburger Unternehmer unsere Forderung auf Vordatierung der Oktoberrate einer am 25. September stattfindenden Versammlung unterbreiten wollten. Kollege Runkler bemerkte in seinem Schlusswort, daß die Flucht aus dem Gewerbe schon jetzt eine Tatsache sei. Mit einem gebundenen Mandat flehe sich jeder kein Vertreter zu Lohnverhandlungen entsenden. Den Bericht von der Gauvorsteherkonferenz erstattete Kollege Corti, anschließend daran begründete er die Vorlage des Gauvorstandes über die Erhöhung des Betrags und der Unterstellungen. Nach kurzer Aussprache wurde der Vorlage nach Ablehnung einiger Abänderungsanträge ausgemittelt. Demnach beträgt der Betrag in Hamburg ab 1. Oktober 85 M. Den Antrag der Arbeitslosen auf Erhebung eines Extrabetrags von 50 M. begründete Kollege M. Cohn. Kollege Reindorf hielt es für richtiger, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Dazu sei nötig die Vermehrung der Arbeitsstunden und die strenge Durchführung des Einmachinensystems. Nach weiterer Debatte wurde der Antrag der Arbeitslosen abgelehnt, dafür aber der Gesamtbetrag auf 100 M. wöchentlich erhöht, so daß ein wöchentliches Extrabehalt von 15 M. zur besonderen Unterstützung der Arbeitslosen gezahlt wird.

Starkruhe. Mit dem diesmaligen Lohnabkommen mußten sich zwei Versammlungen und zwei Frauenzammernungen beschickigen. In der ersten, überfüllten Versammlung erstattete Gauvorsteher Lindenlaub ein Referat über die Gauvorsteherkonferenz. Zum Punkte „Lohnabkommen“ gab Vorsitzender W. Mier die Bemerkungen bekannt, ein genaues Stimmungsbild der hiesigen Mitgliederschaft dem Verbandsvorstand, auch dem Gehilfenvertreter zu übermitteln, und zwar vor den neuen

Verhandlungen, darin die Forderung und den Ausschluß der Kollegen zu schildern, das es so wie selber mit den zu bewilligenden Zulagen nicht mehr weitergehen können, solle nicht zur Selbsthilfe geschrieben werden. Das Resultat sei bekannt und die Verammlung habe über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden, deren beide Auswirkungen er den Anwesenden vor Augen führe. Die Erregung und Entfristung der Kollegenchaft, das es auch diesmal den Vertretern wieder nicht gelungen ist, halbwegs eine Anpassung an die Löhne der übrigen Berufsgruppen zu erreichen, war groß und berechtigt, da die selbstberige Rücksichtnahme auf die Not und Leistungsfähigkeit des Gewerbes uns stets und ständig hinter selbst angelegenen Arbeiten rangieren läßt und dadurch die Forderung der Gehilfenchaft immer härter in Erscheinung tritt. Mit der Lage mancher Unternehmer kann es aber nicht so schlecht stehen, wenn man sieht, wie umfangreiche Neuanstellungen und Vergrößerungen in den Betrieben vorgenommen werden, während dem Gehilfen es kaum möglich ist, das nackte Leben zu fristen, geschweige denn den Wägen, Kleider- und Hausbestand aufzurichten. Der durch jahrelange Not erzeugte Anzettel fand in der Diskussion seinen Niederschlag. Eine Massenflucht aus dem Beruf ist festzustellen; in einer heiligen Tageszeitung suchten 25-30 Kollegen anderweitig Beschäftigung, bei etwa 80 vom heiligen Ortsverein in andern Berufen Tätigen. Das Lohnabkommen wurde von der Verammlung einstimmig als völlig unzureichend abgelehnt und der Vorstand beauftragt, mit den Unternehmern am Ort in förmliche Verhandlungen darüber einzutreten, das die am 1. Oktober fällige Rate schon vom 18. September ab bezahlt und außerdem der Lohnzuschlag von 20 auf 25 Proz. erhöht wird. — In der zweiten Verammlung, noch stärker als die erste besucht, erhaltete Kollege W. Maier Bericht über das Ergebnis der inzwischen stattgehabten Verhandlungen mit dem Gesamtverband der Prinzipalisten. Er führte aus, daß die heiligen Prinzipale in einer Verammlung unter Hinzuziehung des Kreisvertraters und Spdnikus aus Stuttgart nach zweifelhafte Verhandlungen zur Ablehnung der Gehilfenforderungen kamen. Dies Ergebnis wurde dem Vorstand in den nachfolgenden gemeinsamen Verhandlungen gegeben mit der Begründung, daß dies eine außerordentliche Forderung sei, die vom Gewerbe nicht getragen werden kann. Es bedürfte einer dreifachen, äußerst lebhaften Auseinandersetzung, bis die Prinzipalvertrater sich dazu herbeiließen, bei ihren Kollegen in einer erneuten Sitzung darauf hinzuwirken zu wollen, daß der Zuschlag von 20 auf 25 Proz. Lohnzuschlag bewilligt werde. Auf einem während der Tagung einlaufenden Schreiben wurde diese Zulage auch bewilligt mit der Einschränkung, daß die im vorigen Jahre zugesandten logenante Leistungszulage von 15, 10 und 5 M. darin enthalten sei. Diese kleine Handlungsweise löste auch hier eine lebhafte Debatte aus, insbesondere aber wurde das gesamte tarifliche Lohnabkommen nachmals scharf kritisiert. Nachmalige Verhandlungen mit den Unternehmern und restlose Bezahlung des 25prozentigen Lohnzuschlags und der bisherigen Leistungszulage wurden verlangt. Das Resultat war Ablehnung und es wird nun auf andre Weise eine Regelung versucht werden. Ob es für die Zukunft gelte, eine kritische Bewegung hinauszulassen, das hängt von der sozialen Einlichkeit der Unternehmer ab. Der Vorstand glaube die Sache nicht auf die Spitze treiben zu sollen und erklärte sich mit der jetzigen Regelung einverstanden.

S. Abn. (Bezirksverammlung am 21. September.) Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles durch Vorsitzenden Janen wurde dem Kassierführer Meinholtz einstimmig Entlastung erteilt. Die Stellungnahme zum Ergebnis des Tarifauschusses zeltigte eine derartige Debatte, wie sie wohl von vielen Kollegen noch nicht erlebt worden ist. Die Not und das große Elend der Gehilfen wurden von vielen Rednern in ausgiebiger Weise geschildert. Beantwortet wurde u. a. auch, daß die Gehilfenvertrater sich in Zukunft mit dem Koffelbe der Beihilfen eingehend beschäftigen, damit auch diese zu ihrem Rechte kämen. Von allen Rednern wurde das neue Lohnabkommen verurteilt und abgelehnt. Von einem Redner wurden 10000 M. Wirtschaftsbillette beantragt, und zwar für den ganzen Kreis II. Scharfe Verurteilung fand das Zweiteinstimmigenabkommen. Das die Lage in unserm Gewerbe so traurig sei, führte ein anderer Redner aus, sei lediglich die Schuld der Prinzipale. Seit kämen wir aus dem jammervollen Dasein nicht mehr heraus, wir wären jahrehtelung zurück. Auch die übrige Arbeitererschaft sei schuld, indem sie einladet dazu überginge, die Arbeiterzeitungen wegen ein paar Papiermark Erhöhung abzusetzen. Die Tarifgemeinschaft sei verhöhet. Das ganze System sei schuld. Ein weiterer Redner führte die schlechte Entlohnung auf die unvernünftige Preispolitik der Prinzipale zurück. Nachdem von einem Dritten Vorgehen abgeraten worden war, nahm die Verammlung einen Antrag an, wonach die Betriebsräte und Vertrauensleute an sämtliche Firmen herantreten sollen mit der ultimativen Forderung einer Lohnerhöhung von 2000 M. Eine Verammlung in den nächsten Tagen soll das Ergebnis besprechen. Ferner wurde Erhöhung der Besatzungszulage vorlangt und noch folgender Antrag angenommen: „Der Ortsverein hat auf Kosten der Ortskasse ein Plakat an die Öffentlichkeit zu bringen, auf dem die Löhne sämtlicher Arbeiterkerufe und am Schluß die Buchdruckerlöhne stehen und dabei die Öffentlichkeit zu fragen, ob diese Buchdruckerlöhne nicht gegen die guten Sitten verstoßen.“ Zum Schluß wurde noch eine andre Resolution einstimmig angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß die Verammlung mit dem letzten Lohnabkommen ebensowenig zufrieden sind wie mit den vorhergehenden.

Leipzig. In der allgemeinen Buchdruckerverammlung am 22. September erhaltete Tarifvertrater Glatz Bericht über die letzte Tarifauschubung. In kurzen Worten führte er der Kollegenchaft die Schwierigkeiten der letzten Verhandlungen vor Augen, legte klar, was die Gehilfenvertrater veranlaßt habe, auch diesmal wieder einem durchaus unzureichenden Abkommen zuzustimmen und empfahl am Schluß seiner Ausführungen den Kollegen, sich den Beschluß der Tarifvertrater und der Gauvorsteherkonferenz zu eigen zu machen und dem Abkommen zuzustimmen. In der Aussprache kam allseitig die Inzulriedenheit der Kollegen mit dem Abkommen zum Ausdruck. Besonders bemängelt wurde die Zweiteilung der Zulage und die Festlegung des Abkommens auf drei Wochen. Die letzten Abmachungen mit den Prinzipalen hätten klar und deutlich bewiesen, das es unmöglich sei, mit diesen ein länger währendes Abkommen zu treffen, da sie nie gemillt seien, selbst bei einer so katastrophal einsehenden Preissteigerung der Lebensmittel, wie sie während der letzten Gültigkeitsdauer des Lohnabkommens eintrat, vor Ablauf eines solchen mit uns in neue Verhandlungen einzutreten. Deshalb müßte ein kurzfristiges Abkommen unbedingt angestrebt werden. Zum Schluß wurde folgende Entschlüsse angenommen: „Die am 22. September im Volkshaus' tagende Leipziger Buchdruckerverammlung nimmt Kenntnis von dem Ergebnisse der letzten Tarifauschubung; die Verammlung hatten daselbst für völlig unzureichend, da es ihnen keine der augenblicklichen wirtschaftlichen Notlage entsprechende Besserung bringt. Deshalb fordern die Leipziger Buchdrucker, daß in Zukunft vor derartig unangünstigen Abchlüssen das Ergebnis einer Urabstimmung unterbreitet wird.“ — Anschließend fand eine Gaumitgliederverammlung statt, die Kollege Stürz leitete. Er gab einen kurzen geschäftlichen Bericht und ging auf die Arbeitsniederlegung bei der Firma Scheller & Giesecke näher ein und kritisierte den Standpunkt des Verbandsvorstandes. Die Aussprache über diese Angelegenheit war sehr erregt, und die Stellungnahme des Verbandsvorstandes wurde scharf kritisiert. Schließlich wurde folgender Antrag angenommen: „Nach wie vor vertritt die Gaumitgliederverammlung den Standpunkt, daß der zweite Vertreter des Gauses auf Gauvorsteherkonferenzen aus der Mitte der Mitgliederwahl zu wählen ist.“ Wegen vorgerückter Zeit mußte der Bericht über die Gauvorsteherkonferenz auf die nächste Verammlung verschoben werden.

Leipzig. (Schriftleiter.) In der Verammlung am 20. September dankte zunächst der Vorsitzende mit herzlichen Worten für die ihm anlässlich seines 25jährigen Vorstandsjubiläums erwiesenen Ehrungen. Hierauf gab er einen ausführlichen Bericht über die Vorstandskonferenz, die Tarifauschubung und die anschließende Tarifaussetzung. Nach sachlicher Aussprache sei die Konferenz zu der Ansicht gelangt, daß die Zentralkommission alles getan habe, um die Interessen der Mitglieder zu wahren. Verschiedene organisatorische und tarifliche Fragen wurden eingehend behandelt und völlige Einmütigkeit erzielt. Zur Tarifauschubung waren die Forderungen der Arbeitnehmer in neun Punkten festgelegt worden. Es sei leider nicht möglich gewesen, sie alle durchzubringen. In der Aussprache wurde der Schiedspruch des Tarifamts in Sachen Scheller & Giesecke abfällig kritisiert. Seitens der Hilfsarbeiter wurde Klage geführt über zu geringe Berücksichtigung bei den Tarifverhandlungen. In andern Bezirken ständen diese bezüglich der Entlohnung bedeutend besser. Gegen einige Stimmen gab die Verammlung ihre Zustimmung zu dem neuen Abkommen. Einstimmige Annahme fand der Antrag, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 3 M. und für weibliche Mitglieder auf 2 M. festzusetzen. Über die Frage Industrieverband oder Berufsverband fand noch eine kurze Aussprache statt.

Stuttgart. In der Mitgliederverammlung am 22. September besprach Vorsitzender Klein unter „Vereinsmittellungen“ die Zahlungsmitteln und leitete die von den maßgebenden Instanzen eingeleiteten Schritte zur Beseitigung dieses unbilligen Zustandes mit. Im einzelnen wurde Klage geführt darüber, daß viele Kollegen in ihrem an sich begründlichen Unwillen über das Ausbleiben des Geldes am Lohnstage die Vertrauensleute und Betriebsräte mit Vorwürfen überhäufte. Diese kanten doch für solche Missetände nicht verantwortlich gemacht werden. Rache Abhilfe und vorbeugende Maßnahmen gegen eine Wiederholung solcher Fälle wurden ernerall verlangt. Den Vortrag über die Tagung des Tarifauschusses vom 14. bis 17. September und über das Ergebnis der Kommissionsberatungen an der zur Tarifrenewierung gestellten Anträge erhaltete Kollege Klein. Zur Ergänzung dieses Berichtes leitete Kollege Kayser die Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz mit. Hieran schloß sich eine kurze Aussprache. Das Lohnabkommen wurde scharf kritisiert. Anre Löhne befanden sich in einem erschreckenden Mißverhältnis gegenüber der tatsächlich eingetretene Lohnerhöhung. Die beschlossene Lohnzulage könne in keiner Weise befriedigen. Eine in diesem Sinn abgefaßte Entschlüsse wurde einstimmig angenommen. Gegen die organisatorischen Maßnahmen und Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz wurden nennenswerte Einwendungen nicht erhoben und die Arbeit dieser Konferenz anerkannt. Nach Erledigung einiger dringlicher Angelegenheiten wurde die mögliche Besuche Verammlung geschlossen.

Wiesbaden. In der Verammlung vom 22. September nahm zunächst einige geschäftliche Mitteilungen entgegen sowie den Bericht über eine Kreisamtsitzung. Diese hatte sich wieder einmal mit dem Antrag einer Sonderzulage für das besetzte Gebiet zu beschäftigen. Wie schon öfter gesehen, lehnten die Prinzipale im Kreise III infolge ihrer Zugehörigkeit den Antrag ab mit dem schon immer gehörten Hinweis, daß ein Nachweis der tatsäch-

lichen Lohnerhöhung gegenüber dem übrigen Deutschland nicht erbracht worden sei. Zur Aufnahme gelangte ein Kollege, ein anderer wurde ausgeschlossen. Der „Baubütte“, die ihr Stammkapital auf 50000 M. erhöhen will, wurde ein Anteil von 1000 M. bewilligt. Als Gesellschaft soll Kollege Junior eingetragen werden. Ebenso wurden 600 Mark bewilligt zur Anschaffung eines vom Bildungsverbände herausgegebenen typographischen Werkes. Der Ortsbeitrag wurde auf 5 M. erhöht. Ein nebenher laufender besonderer Fonds mit etwa 8000 M. wird von der Ortskasse übernommen. Das Lohnabkommen zeltigte eine ausgiebige Aussprache. Es wurde der jetzt herrschenden Not gegenüber als nicht ausreichend bezeichnet. Die Taktik der Lohnabkommen wäre nicht gutzuheißen. Zur Annahme gelangte folgende Resolution: „Die heutige Verammlung erachtet das neue Lohnabkommen wiederum als vollkommen unzureichend und verlangt, das unbedingt ein ausgleichendes Lohnabkommen zeltigt werden muß, wenn nicht anders möglich, dann durch Anwendung eines gewerkschaftlichen Kampfmittels. Wenn schon die Herren Ärzte in Wiesbaden sich genötigt sehen, in Betracht der enormen Lohnerhöhung und des häufigen Wechsels des Wertes der Papiermark ihre Rechnungen in Goldmark auszustellen, wie der von der Reichsbank angegebene Ankaufswert der Goldmark angegeben wird, so kann man es einer Buchdruckerleser nicht verargen, das sie ebenfalls nach höheren Werten strebt. Kommt es doch vor, daß der Sohn den Vater in Bezug auf Lohn um ein bedeutendes überflügelt.“ Den Schluß der Verammlung machte noch ein Antrag auf Gründung einer Krankenzuschkasse. Der Beitrag solle jedem Mitgliede freigestellt sein und denjenigen Kollegen, welche ihren Beitritt noch nicht erklärt, empfohlen werden.

Würzburg. In der außerordentlichen Generalverammlung am 27. September referierte Gauvorsteher Semmerich (München) über die Gauvorsteherkonferenz und die Tarifauschubung. Die Verammlung war sehr gut besucht; vertreten waren auch Altschaffenburg und Nibingen durch ihre Vorsitzenden. Der Referent ging in ausführlicher Weise auf das Thema ein. Eine lebhaftige Aussprache folgte. Alle die Sorgen, die die Gehilfenchaft durch die wahnwitzige Lohnerhöhung bedrückte, die bevorstehende Preissteigerung und das Mißprellens kamen zur Sprache; auch die schlechte Beschäftigung im Berufe, die neben Arbeitslosigkeit auch noch Kurzarbeit und eine weitere Schmälerung der ohnehin unzureichenden Löhne bringt. Dazu die ungeheuren Steuern und die weitere Steigerung der sozialen Versicherungen, so daß man jetzt schon über 400 M., ein Viertel des Lohnes, in der Bude lassen muß. Für die im Berufe Verbliebenen muß unbedingt ein zum Leben ausreichender Lohn gezahlt werden, war die Forderung an die Gehilfenvertrater, die dieselbe auch nach besten Kräften zu erfüllen versprach.

R. Zwickau. Die außerordentliche Verammlung am 20. September beschäftigte sich eingehend mit dem letzten Lohnabkommen. Die von recht klügelnden Wogen getragene Debatte brachte die heutige große Not unter der Gehilfenchaft kräftig zum Ausdruck, die durch die minimalen Zugeständnisse der Prinzipale nicht im entferntesten behoben wird. Es herrschte Übereinstimmung darüber, das das Abkommen in der bestehenden Form bei den heuligen Verhältnissen nicht annehmbar sei, zumal die Buchdrucker in der Entlohnung seit Monaten wieder weit hinter andern Berufsgruppen zurückblieben. Schließlich wurde der Vorstand beauftragt, einen Protest an die Zentrale unres Verbandes zu richten mit der Forderung, sofort neue Verhandlungen in die Wege zu leiten, die ein annehmbares Ergebnis zeltigen. Beschlüssen wurde ferner, die derzeitigen Löhne in den heiligen Tageszeitungen zu veröffentlichen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie die heuligen „hohen“ Löhne der Buchdrucker in Wirklichkeit beschaffen sind.

Subiläumstafel

Den Ältesten zur Ehr Den Jüngeren zur Becht

Drucker (Prinzipal) C. M. Schwarz in Konstanz, geb. in Stuttgart, 23. September: 50jähriges Berufsjubiläum.

Korrektor Guffan Bötig, geb. in Berlin, 50jähriges Berufsjubiläum. Selbst Konktion: Ferd. Alsbelm, Kommanditgesellschaft, Berlin.

Rundschau

Konflikt wegen Nichtanerkennung von Vertrauensleuten. In der Buchdruckerzeitung Krowitzsch & Sohn in Berlin ist nach Berichten der Berliner Tagespresse ein Konflikt ausgebrochen, weil die Firma sich weigerte, die vom Buchdruckerpersonal nach § 78 des Tarifs gewählten Vertrauensleute anzuerkennen. Das Personal legte wegen dieser Verweigerung der Anerkennung seiner Vertrauenspersonen die Arbeit nieder. Der Verein Berliner Buchdruckerzeitung erklärt diese Arbeitsniederlegung als Tarifbruch und glaubt nun, das seine einseitige Feststellung genüge, um eine diesbezügliche Warnung vor Zugang als unstatthaft zu bezeichnen. Uns ist ein rechtmäßiger Befehl des zuständigen Tarifschiedsgerichts in dieser Frage noch nicht bekannt geworden; wir wissen nur zu viel, das der Betriebsrat durch den Schlichtungsausschuss wegen Differenzen mit einem Gutachterabänder im Zusammenhang mit einem Materiallieferant von anderer Seite aufgelöst wurde, und das infolgedessen das Personal die Wahl von Vertrauensleuten nach § 78 des

